

Nachdem der Bürgermeister die Verwaltungsvorlage erläutert hat, begründet Frau Pech-Büttner den vorliegenden Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Ullmann hat große Probleme mit diesem Vorschlag; die erarbeitete Kostengegenüberstellung ist seiner Ansicht nach nicht korrekt. Er gibt an, dass der Fraktion ein kostenfreies Büro in den Räumlichkeiten der Burgstraße zur Verfügung gestellt werden könnte. Diese wurde aber aufgrund der nicht vorhandenen Barrierefreiheit von der Fraktion abgelehnt. Eine Gegenrechnung von monatlich 280,00 € Mietzuschuss ist daher nicht haltbar und stellt die dargestellte Höhe der Ersparnis in Frage. Weiterhin stellen sich weitere Fragen im Bezug auf die Besitzverhältnisse oder der Zuständigkeit bzw. Kostenübernahme bei eventuellen Beschädigungen und notwendigen Reparaturen.

Frau Pizzato erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Vorschlag ebenfalls nicht vorbehaltlos gegenübersteht.

Herr Stark gibt an, dass er den Antrag nicht für tragfähig hält. Er betont, dass die Arbeitsfähigkeit der Fraktionen zwar kurzfristig sichergestellt werden muss, aber dies eine solche Einzelfallentscheidung nicht rechtfertigt. Die SPD-Fraktion fordert die Verwaltung auf in Zusammenarbeit mit der Fraktion eine andere Lösung zu finden.

Frau Pech-Büttner betont, dass im Reparaturfall die Fraktion für die entstandenen Kosten aufkommt.

Herr Ebbinghaus sieht in dem Einsatz von Technik keinen Ersatz für das Abhalten einer Fraktionssitzung. Zudem hält er die Ausführung der vorgeschlagenen technischen Geräte für übertrieben. Zusätzlich wäre auch ein Vertrag zwischen der Stadt und der Fraktion notwendig, der regelt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf die Miete verzichtet und die Technik im Besitz der Stadt Radevormwald verbleibt. Er macht deutlich, dass es darüber hinaus im Laufe der Legislaturperiode zu personellen Veränderungen innerhalb der Fraktion kommen kann.

Herr Viebach macht im Hinblick auf die Gleichbehandlung der Fraktionen deutlich, dass bei einer entsprechenden Zustimmung alle Fraktionen, die in der Burgstraße untergebracht sind, mit demselben Wunsch auf die Verwaltung zugehen könnten mit der Begründung, dass die Räumlichkeiten aus Gründen der Barrierefreiheit dort nicht mehr nutzbar sind.

Der Bürgermeister leitet aus den bisherigen Wortbeiträgen ab, dass der Vorschlag der Fraktion nicht realisierbar ist. Er schlägt daher vor, die Diskussion zu beenden und nach anderen Möglichkeiten zu suchen.

Der Rat stimmt dem einvernehmlich zu.